

Theresa Cramer

Strafrechtsdogmatische Auflösung dilemmatischer Situationen beim autonomen Fahren

Entwicklung innovativer Leitlinien für die Programmierung
von Notstandsalgorithmen in Lebensnotstandssituationen



Nomos

DIKE 

Studien zum Strafrecht

Band 115

Herausgegeben von

Prof. Dr. Martin Böse, Universität Bonn

Prof. Dr. Gunnar Duttge, Universität Göttingen

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Urs Kindhäuser, Universität Bonn

Prof. Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Claus Kreß, LL.M., Universität zu Köln

Prof. Dr. Hans Kudlich, Universität Erlangen-Nürnberg

Prof. Dr. Dr. h.c. Lothar Kuhlen, Universität Mannheim

Prof. Dr. Ursula Nelles, Universität Münster

Prof. Dr. Dres. h.c. Ulfrid Neumann, Universität Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Henning Radtke, Universität Hannover

Prof. Dr. Klaus Rogall, Freie Universität Berlin

Prof. Dr. Frank Saliger, Universität München

Prof. Dr. Helmut Satzger, Universität München

Prof. Dr. Brigitte Tag, Universität Zürich

Prof. Dr. Thomas Weigend, Universität Köln

Prof. Dr. Wolfgang Wohlers, Universität Basel

Prof. Dr. Rainer Zaczyk, Universität Bonn

Theresa Cramer

Strafrechtsdogmatische Auflösung dilemmatischer Situationen beim autonomen Fahren

Entwicklung innovativer Leitlinien für die Programmierung
von Notstandsalgorithmen in Lebensnotstandssituationen



Nomos

DIKE 



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: München, LMU, Diss., 2022

u.d.T.: „Strafrechtsdogmatische Auflösung dilemmatischer Situationen beim autonomen Fahren“

ISBN 978-3-7560-0012-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-3591-9 (ePDF)

ISBN 978-3-03891-523-2 (Dike Verlag Zürich/St. Gallen)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Diese Arbeit wurde von der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München im Wintersemester 2021/2022 als Dissertation angenommen. Sie entstand während meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Prof. Dr. Frank Saliger an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Das Manuskript wurde im Wesentlichen im Oktober 2020 fertiggestellt. Rechtsprechung und Literatur sind bis zu diesem Zeitpunkt berücksichtigt.

Mein ganz herzlicher Dank gilt an erster Stelle meinem Doktorvater Prof. Dr. Armin Engländer für die Anregung zu diesem Thema, für die umfassende Betreuung der Arbeit und die wertvollen Hinweise. Ganz besonders möchte ich mich bei Prof. Dr. Frank Saliger für die Erstellung des Zweitgutachtens und insbesondere für die hervorragende Unterstützung und Förderung bedanken, durch die ich mich wissenschaftlich entscheidend weiterentwickeln konnte. Die Tätigkeit an seinem Lehrstuhl, sowie insbesondere auch die zahlreichen gemeinsamen Projekte und Veröffentlichungen waren sehr lehrreich und haben maßgebend zum Erfolg dieser Arbeit beigetragen.

Danken möchte ich auch Dr. Isabel Hoffmann, Dr. Philipp Schwarz und Dr. Thomas Hornberger für die kritische Durchsicht des Manuskripts sowie für die Anregungen, die ebenfalls zu dieser Arbeit beigetragen haben.

Mein größter Dank gilt meinen Eltern, Barbara und Heiko Rüsse, sowie meinem Ehemann, Max Cramer, für die stetige persönliche Unterstützung, für das Korrekturlesen der Arbeit und für die zahlreichen hilfreichen Diskussionen, welche diese Arbeit wesentlich bereichert haben.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	19
A. Hinführung zur Thematik	19
B. Ziel und Gang der Untersuchung	22
Erstes Kapitel: Grundlagen der Untersuchung	25
A. Autonomes Fahren	25
I. Terminologische Grundlegungen	25
II. Aktueller Entwicklungsstand der Technik	29
III. Nationaler und internationaler Rechtsrahmen	34
B. Dilemmatische Situationen beim autonomen Fahren	37
I. Methodische Herausforderungen	38
1. Grundannahmen für die weitere Untersuchung	38
a) Staatliche Zulassung autonomer Fahrzeuge	38
b) Technische Fähigkeiten	39
c) Keine spezialgesetzlichen Vorgaben für die Programmierung der Notstandsalgorithmen	40
2. Der Umgang mit den Grenzen der Technik	41
3. Wer entscheidet über die Programmierung?	42
II. Zu untersuchende Dilemma-Situationen	45
1. Erste Dilemma-Situation: „Menschen auf der Fahrbahn“	45
2. Zweite Dilemma-Situation: „Tödliches Hindernis auf der Fahrbahn“	46
3. Dritte Dilemma-Situation: „Die Gefahrgemeinschaft“	46
III. Die Beteiligten	47
1. Die Herstellerseite	47
2. Die Abnehmerseite	50
3. Weitere denkbare Beteiligte	51
C. Bisherige Lösungsvorschläge in der Literatur	53
I. Minimierung der Opferzahlen	53
II. Berücksichtigung qualitativer Abwägungsfaktoren	55
III. Bevorzugung der Insassen des autonomen Fahrzeuges	56

Inhaltsverzeichnis

IV. Benachteiligung der Insassen des autonomen Fahrzeuges	57
V. Belohnung der Regelkonformität	58
VI. Analoge Lösung zum Weichensteller-Fall bzw. zum menschlichen Fahrer	58
VII. Leitlinien der Ethik-Kommission	60
VIII. Einsatz eines Zufallsgenerators	61
IX. Sonstige Vorschläge in der Literatur	61
Zweites Kapitel: Entwicklung eines Lösungsansatzes für die erste Dilemma-Situation	63
A. Analyse der Strafbarkeitsrisiken der Beteiligten	63
I. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Herstellers	63
1. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts	63
2. Festlegung des Prüfungsumfangs	64
3. Die erste Programmierungsvariante: „Kein Ausweichen“	65
a) Tatbestandliche Erfüllung des § 212 Abs. 1 StGB	66
aa) Die Tathandlung des Herstellers: Tun oder Unterlassen?	67
bb) Abgrenzung zwischen Täterschaft und Teilnahme	72
cc) Kausale Herbeiführung des Erfolges	75
dd) Anwendbarkeit der Rechtsfigur des sog. „erlaubten Risikos“?	78
aaa) Der Lösungsansatz von Hilgendorf	81
bbb) Der Lösungsansatz von Engländer und Erb	85
ccc) Fazit	86
ee) Eigenverantwortliches Dazwischentreten Dritter	87
ff) Vorsatz oder Fahrlässigkeit?	87
aaa) Hinreichende Vorsatzkonkretisierung	89
bbb) Vorliegen der kognitiven und voluntativen Vorsatzelemente	93
gg) Ergebnis	95
b) Rechtfertigung nach den Grundsätzen des durch einen Menschen ausgelösten sog. „Defensivnotstands“	95
aa) Anwendbarkeit der Notstandsregeln	96
aaa) Fehlen eines vorgezeichneten Schicksalsverlaufs	96

bbb) Ausschluss vorrangiger Rechtfertigungsgründe	100
(1) Die rechtfertigende Pflichtenkollision	100
(2) Nothilfe gemäß § 32 StGB	102
ccc) Zwischenergebnis	108
bb) Dogmatische Grundlagen des Defensivnotstandes	108
aaa) Meinungsstand in der Literatur	109
bbb) Meinungsstand in der Rechtsprechung	111
ccc) Kritische Stellungnahme	114
cc) Vorliegen einer Gefahr für ein notstandsfähiges Rechtsgut	118
aaa) Problemaufriss	119
bbb) Modifizierung des herkömmlichen Gefahrbegriffs	120
(1) Einführung der sog. „bedingten Gefahrenlage“	120
(2) Rechtliche Behandlung der bedingten Gefahr	121
(a) Bedingte Gefahren bei Unterlassungsdelikten	121
(b) Bedingte Gefahren bei Begehungsdelikten	122
(3) Fazit: Erweiterung des herkömmlichen Gefahrbegriffs	125
dd) Die Gegenwärtigkeit der Gefahr	125
ee) Die Zurechenbarkeit der Gefahr	126
aaa) Anknüpfungspunkt für die Zurechnung	128
bbb) Meinungsstand zum Zurechnungsmaßstab beim Defensivnotstand	129
(1) Der restriktive Ansatz	130
(2) Die weiten Ansätze	131
(a) Die erste, engere Strömung	131
(b) Die zweite, extensive Strömung	134
(3) Stellungnahme	136
(a) Kritische Würdigung des restriktiven Ansatzes	137
(b) Kritische Würdigung der engen Strömung innerhalb der weiten Ansätze	138

Inhaltsverzeichnis

(c) Kritische Würdigung der extensiven Strömung innerhalb der weiten Ansätze	140
(d) Fazit	146
ccc) Ergebnis	147
ff) Erforderlichkeit der Notstandshandlung	148
gg) Die Interessenabwägung	150
aaa) Abwägung Leben gegen Leben	152
(1) Verbot quantitativer Abwägung	153
(a) Der „Schleier des Nichtwissens“	154
(b) Empirische Studienergebnisse	157
(c) Fazit	159
(2) Verbot der qualitativen Abwägung	159
(3) Weitere Auswirkungen des Abwägungsverbots	162
(4) Zwischenergebnis	164
bbb) Der Grad der drohenden Gefahr	165
ccc) Verantwortlichkeit für die Entstehung der Notstandslage	166
ddd) Individuelle Interessen der Rechtsgutinhaber	169
eee) Weitere unbenannte Abwägungsfaktoren	170
fff) Das qualifizierte Interessenübergewicht	171
hh) Die Angemessenheitsklausel gemäß § 34 S. 2 StGB	172
ii) Das subjektive Rechtfertigungselement	173
c) Ergebnis	174
4. Zweite Programmierungsvariante: „Ausweichen nach rechts“	175
a) Tatbestandliche Erfüllung des Totschlags	175
b) Ausschluss von Rechtfertigungsgründen	177
c) Ausschluss von Entschuldigungsgründen	179
d) Ergebnis	181
5. Dritte Programmierungsvariante: „Ausweichen nach links“	182
6. Ergebnis	182
II. Strafrechtliche Verantwortlichkeit der übrigen Beteiligten	183
1. Die Abnehmerseite	183
2. Die übrigen Beteiligten der Herstellerseite	187

III. Ergebnis der Analyse der Strafbarkeitsrisiken der Beteiligten	188
B. Eigener Lösungsvorschlag für die Programmierung	189
I. Identifizierung der Entscheidungskriterien	189
II. Kritische Würdigung der Entscheidungskriterien	190
1. Vergleich mit den bisherigen Lösungsvorschlägen in der Literatur	190
2. Vorzüge des eigenen Lösungsvorschlags	190
3. Widerlegung möglicher Einwände	192
III. Aufstellung der Regeln Nr. 1 bis 3 für den Richtlinienkatalog	196
C. Ergebnis des zweiten Kapitels	196
 Drittes Kapitel: Entwicklung eines Lösungsansatzes für die zweite Dilemma-Situation	 197
A. Analyse der Strafbarkeitsrisiken der Beteiligten	197
I. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Herstellers	197
1. Erste Programmierungsvariante: „Kein Ausweichen“	197
a) Tatbestandliche Erfüllung des § 212 Abs. 1 StGB	197
b) Rechtfertigung nach den Grundsätzen des Defensivnotstands	198
aa) Vorliegen einer Defensivnotstandslage gemäß § 34 S. 1 StGB	198
bb) Zurechenbarkeit der Gefahr	199
aaa) Problemaufriss: Entscheidungen bei unklarer Sachlage	200
bbb) Maßgebliche Beurteilungsperspektive	202
ccc) Konsequenzen für den weiteren Prüfungsverlauf	204
cc) Erstes Szenario: Vorliegen der weiteren objektiven Rechtfertigungsmerkmale	204
dd) Das subjektive Rechtfertigungselement: Zweifel über ex post bestimmbare, rechtfertigende Umstände	205
aaa) Die Ansicht der Rechtsprechung	205
bbb) Ansichten im Schrifttum	206
ccc) Stellungnahme und Ergebnis	209
c) Zweites Szenario: Schuldausschluss aufgrund eines Erlaubnistatbestandsirrtums	211

Inhaltsverzeichnis

d) Ergebnis	213
2. Zweite Programmierungsvariante: „Ausweichen nach rechts“	213
a) Fehlende Rechtfertigungsmöglichkeit	213
b) Fehlende Entschuldigungsmöglichkeit	214
3. Ergebnis der strafrechtlichen Analyse der zweiten Dilemma-Situation	215
II. Strafrechtliche Verantwortlichkeit der übrigen Beteiligten	215
III. Ergebnis der Analyse der Strafbarkeitsrisiken der Beteiligten	216
B. Eigener Lösungsvorschlag für die Programmierung	216
I. Identifizierung der Entscheidungskriterien	216
II. Kritische Würdigung der Entscheidungskriterien	217
1. Vergleich mit den bisherigen Lösungsvorschlägen in der Literatur	217
2. Vorzüge des eigenen Lösungsvorschlags	217
3. Widerlegung möglicher Einwände	218
III. Aufstellung der Regel Nr. 4 für den Richtlinienkatalog	221
C. Ergebnis des dritten Kapitels	221
Viertes Kapitel: Entwicklung eines Lösungsansatzes für die dritte Dilemma-Situation	222
A. Analyse der Strafbarkeitsrisiken der Beteiligten	222
I. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Herstellers	222
1. Erste Programmierungsvariante: „Ausweichen nach links“	222
a) Ausschluss von Rechtfertigungsgründen	223
b) Die Theorie vom rechtsfreien Raum	226
c) Entschuldigung nach den Grundsätzen des übergesetzlichen entschuldigenden Notstandes	227
aa) Der Streitstand in der Literatur und Rechtsprechung	228
aaa) Anerkennung durch das Schrifttum im Bereich der Gefahrgemeinschaft	228
bbb) Die Zurückhaltung der höchstrichterlichen Rechtsprechung	230
ccc) Fazit	231
bb) Die dritte Dilemma-Situation als Fall einer symmetrischen Gefahrgemeinschaft	232

cc) Auswirkung der unterschiedlichen Todeswahrscheinlichkeiten	234
dd) Psychische Ausnahmesituation als zwingende Voraussetzung des übergesetzlichen entschuldigenden Notstandes?	236
ee) Die symmetrische Gefahrgemeinschaft als ausreichende Motivationslage	240
ff) Weitere Voraussetzungen des übergesetzlichen entschuldigenden Notstandes	243
aaa) Erforderlichkeit der Tathandlung gemäß § 35 Abs. 1 S. 1 StGB analog	243
bbb) Zumutbarkeit der Gefahrhinnahme gemäß § 35 Abs. 1 S. 2 StGB analog	244
ccc) Das subjektive Entschuldigungselement	247
d) Ergebnis	248
2. Zweite und dritte Programmierungsvariante: „Ausweichen nach rechts/Kein Ausweichen“	248
3. Ergebnis	248
II. Strafrechtliche Verantwortlichkeit der übrigen Beteiligten	249
III. Ergebnis der Analyse der Strafbarkeitsrisiken der Beteiligten	249
B. Eigener Lösungsvorschlag für die Programmierung	249
I. Identifizierung der Entscheidungskriterien	249
II. Kritische Würdigung der Entscheidungskriterien	250
1. Vergleich mit den bisherigen Lösungsvorschlägen in der Literatur	250
2. Vorzüge des eigenen Lösungsvorschlags	251
3. Widerlegung möglicher Einwände	251
III. Aufstellung der Regel Nr. 5 für den Richtlinienkatalog	253
C. Ergebnis des vierten Kapitels	253
 Fünftes Kapitel: Schlussbetrachtung	 254
A. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	254
I. Rechtliche Herausforderungen auf der Tatbestandsebene	254
1. „Explikationszwang“ aufgrund des neuen Entscheidungszeitpunktes	254
2. Verantwortungsverschiebung	255
3. Kein erlaubtes Risiko im Hinblick auf die Programmierung der Notstandsalgorithmen	256

Inhaltsverzeichnis

4. Vorsätzliche Tatbestandsverwirklichung	256
5. Ergebnis	257
II. Strafrechtsdogmatische Auflösung auf der Rechtfertigungs- und Entschuldigungsebene	257
1. Keine Anwendbarkeit des Notwehrrechts oder der rechtfertigenden Pflichtenkollision	257
2. Der durch einen Menschen ausgelöste Defensivnotstand	258
a) Ergänzung des Gefahrbegriffs in § 34 StGB um die bedingte Gefahr	258
b) Begründung einer Defensivnotstandslage durch einen objektiv straßenverkehrsregelwidrigen Zustand	259
c) Begründung einer Defensivnotstandslage durch die Nutzung der Gefahrenquelle	259
3. Technische Grenzen bei der Erkennbarkeit rechtfertigender Umstände	260
4. Eröffnung des Anwendungsbereiches des übergesetzlichen entschuldigenden Notstandes	260
5. Fazit	261
III. Eigener Vorschlag für die Programmierung der Notstandsalgorithmen	261
B. Abschließender Vergleich mit den bisherigen Lösungsvorschlägen	262
C. Ausblick	264
Literaturverzeichnis	267

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
ACC	Adaptive Cruise Control
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
Alt.	Alternative
ARSP	Archiv für Rechts- und Staatsphilosophie
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BAST	Bundesanstalt für Straßenwesen
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BeckOGK	Beck'scher Online Großkommentar
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
BMVI	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
BRJ	Bonner Rechtsjournal
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CrimL&Phil	Criminal Law and Philosophy
DAR	Deutsches Autorecht
dass.	dasselbe
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
E 1962	Entwurf eines Strafgesetzbuchs 1962

Abkürzungsverzeichnis

Ed.	Edition
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
Engl.	Englisch
EU	Europäische Union
f.	folgende(r) Seite bzw. Paragraph
ff.	folgende Seiten bzw. Paragraphen
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GPS	Global Positioning System
Griech.	Griechisch
Gs	Gedächtnisschrift
h.L.	herrschende Literatur
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i.E.	im Ergebnis
insb.	insbesondere
i.S.d.	im Sinne des(s)/(r)
i.V.m.	in Verbindung mit
IW	Institut der deutschen Wirtschaft in Köln
JA	Juristische Arbeitsblätter
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JR	Juristische Rundschau
JRE	Jahrbuch für Recht und Ethik
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KK-OWiG	Karlsruher Kommentar zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Km/h	Kilometer pro Stunde
KriPoZ	Kriminalpolitische Zeitschrift
krit.	kritisch(er)
Lat.	Lateinisch
Lit.	Literatur
LuftSiG	Luftsicherheitsgesetz
m. Anm.	mit Anmerkung
m. Bspr.	mit Besprechung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
medstra	Zeitschrift für Medizinstrafrecht
MIT	Massachusetts Institute of Technology in Cambridge
MschrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform

Abkürzungsverzeichnis

MüKo-BGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKo-StGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.W.v.	mit Wirkung vom
NHTSA	National Highway Traffic Safety Administration
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK-StGB	Nomos Kommentar zum Strafgesetzbuch
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
NZWist	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
öStGB	österreichisches Strafgesetzbuch
OGHSt	Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PAG	Polizeiaufgabengesetz
PHi	Produkthaftpflicht international
Pkw	Personenkraftwagen
PolR	Polizei- und Sicherheitsrecht
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
RAW	Recht Automobil Wirtschaft
RG	Reichsgericht
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz (bei Normangaben) bzw. Seite (bei Quellenangaben)
s.	siehe
SAE International	Society of Automotive Engineers International
SK-StGB	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch
sog.	sogenannte(n)/(s)/(r)
StA	Staatsanwaltschaft
StGB	Strafgesetzbuch
StV	Strafverteidiger
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
SVR	Straßenverkehrsrecht
TUM	Technische Universität München
u.a.	und andere
UmweltHG	Umwelthaftungsgesetz
UN/ECE	Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa

Abkürzungsverzeichnis

USA	United States of America
v.	vo(m)/(n)
V2I	Vehicle-to-Infrastructure
V2V	Vehicle-to-Vehicle
Var.	Variante
VDA	Verband der Automobilindustrie
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung(en)
vs.	versus
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WÜ	Wiener Übereinkommen über den Straßenverkehr von 1968
z.B.	zum Beispiel
ZEE	Zeitschrift für Evangelische Ethik
ZgS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
zit.	zitiert
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
zust.	zustimmend/(er)